



VOLKSBLATT

Amtliches Publikationsorgan • 123. Jahrgang, Nr. 285

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

SAMSTAG

Eine Kerze für die Freiheit



Drei Kerzen brennen nun am Kranz. Ist es wirklich heller deswegen um uns geworden? Vom Technischen her gesehen ja, aber bleibt der Kerzenschein nur in der Dunkelheit des Zimmers hängen? Hat er die Kraft, in die Herzen, in den Geist einzudringen, um dort etwas zu bewirken? Diese Frage kann nur jeder einzelne Mensch für sich beantworten. Seite 9

Ghedina triumphiert in Gröden



SKI-ALPIN: Kristian Ghedina wurde seiner Favoritenrolle bei der Abfahrt in Gröden voll gerecht und zeigte einmal mehr, warum er die Saslong so liebt. In 2:01,47 Minuten gewann er zum vierten Mal auf seiner Haus- und Hofstrecke und stellte damit auch den Rekord von Franz Klammer in Gröden ein, der ebenfalls vier Mal gewonnen hatte. Jürgen Hasler (Bild) konnte seine selbst gesetzten Erwartungen nicht erfüllen und wurde 45. Seite 21

REKLAME

SELE
Personalberatung
+423 239 90 90
www.selepersonal.li

Offenlegung mit Zielfotofinish

Rund 83 Prozent der wirtschaftlich Berechtigten bereits den Banken bekannt

Es erinnert an eine Inszenierung von Alfred Hitchcock: Mit Hochtouren arbeiten die Treuhänder derzeit an der Erfüllung der zentralen FATF Forderung, alle Kundendaten bis Ende Jahr den Banken offen zu legen. Doch die Uhr tickt. Der jüngste Stand: Vier Fünftel der Vorgabe sind rund zwei Wochen vor der «Stunde der Wahrheit» erfüllt.

Wolfgang Zechner

Eines steht schon jetzt fest: Es wird ganz knapp. Im Gespräch mit dem Volksblatt nahm gestern Siegfried Lampert, der Geschäftsführer der liechtensteinischen Treuhändervereinigung Stellung zum Stand der Offenlegung: «Bei den Daten der wirtschaftlich Berechtigten liegen wir derzeit ungefähr bei 83 Prozent. Auch bei den Profilen der Geschäftsbeziehung liegen wir in der Grössenordnung von 80 Prozent», so Lampert. Vor allem letztere Kategorie zeigt die Anstrengungen der Finanzintermediäre. Vor drei Wochen waren erst entmutigende 63,3 Prozent der Geschäftsprofile «offen».

Entmutigen liessen sich die Treuhänder aber keineswegs



Der neue Treuhänder-Präsident Martin Gstöhl in stürmischen Zeiten an. Gestern rief Martin Gstöhl in Sachen FATF-Forderung alle Beteiligten dazu auf, an einem Strang zu ziehen.

und legten die eine oder andere Sonderschicht ein. Ein «Kraftakt», den auch Regierungschef Otmar Hasler jüngst im Landtag würdigte: «Der Offenlegungsprozess hat sich in den letzten Wochen beschleunigt, was die enormen Anstrengungen der Finanzintermediäre zeigt, das gesteckte Ziel per Ende Jahr zu erreichen.»

Gestern meldete sich auch Martin Gstöhl, der frischgewählte Präsident der liechtensteinischen Treuhändervereinigung, zu Wort. «Besonders im Hinblick auf den Ablauf der Frist zur Offenlegung von Kundendaten gegenüber den liechtensteinischen Banken sowie auf den für Mitte Januar 2002 geplanten Besuch der FATF-

Delegation muss die Arbeit des Vorstandes mit aller Kraft weitergeführt werden», so Gstöhl. In seiner Stellungnahme zur «causa prima» apellierte er an alle Beteiligten, den Weg gemeinsam zu gehen: «Nur wenn alle – und damit meine ich nicht nur die unmittelbar betroffenen Berufsverbände und die Regierung, sondern auch die übrigen

Berufsverbände, Politiker und Parteien – unabhängig von ihren Einzelinteressen und ihrer politischen Gesinnung an einem Strang ziehen, wird ein so kleines Land wie Liechtenstein eine Chance haben, Herausforderungen wie die gegenwärtige zu meistern.»

Und dass die gewaltige Herausforderung bewältigt wird, steht für den neuen «Treuhänder-Boss» ausser Frage. «Ich bin daher auch zuversichtlich, dass wir mit vereinten Kräften in den noch wenigen verbleibenden Tagen bis zum Jahresende in die Nähe der 100 % Marke gelangen werden. Die FATF wird m.E. nicht umhin können, diese eindeutigen Signale positiv zu würdigen, will sie nicht in den Ruf geraten, letztlich ein nur wirtschafts- und steuerpolitisch motiviertes Gremium zu sein.»

Schicksalstag

Eines steht zumindest schon jetzt fest: Wie auch immer das Wettrennen gegen die Zeit ausgehen mag, die Treuhänder haben bewiesen, dass sie alles Menschenmögliche gemacht haben, um die FATF-Forderung zu erfüllen.

Für den Beobachter bleibt nur das Warten auf das Jahresende. Denn der 31. Dezember könnte zum Schicksalstag für das gesamte Land werden.

Abstimmung: «The Little Big One»

Über das Referendum soll im Februar/März abgestimmt werden

Über das Referendum zum «Little Big One» soll im kommenden Frühjahr entschieden werden. Dies erklärte Regierungschef Otmar Hasler auf eine entsprechende Kleine Anfrage von Rudolf Lampert (FBP).

Doris Meier

Obwohl die Organisatoren von «The Little Big One» dieses Festival nicht mehr auf die Beine stellen wollen, soll im Februar oder März des nächsten Jahres über das Referendum abgestimmt werden. Dieses war von Angelika Moosleithner ergriffen worden, nachdem der Landtag im November mit knapper Mehrheit der Festivalstiftung staatliche Zuwendungen in der Höhe von je 250 000 Franken für die Jahre 2002-2004 zugesprochen hatte. Über 1800 Unterschriften hat Angelika Moosleithner nach eigenen Angaben gesammelt. Diese werden zur Zeit von den Gemeinden überprüft.

Februar oder März

Die Regierung muss laut Regierungschef Otmar Hasler spätestens 14 Tage nach der Einreichung des Volksbegehrens

angeordnet werden. Innerhalb von drei Monaten nach dem entsprechenden Regierungsbefehl ist dann diese Volksabstimmung durchzuführen. Der Landtag muss sich nicht mit diesem Referendumsbegehren befassen. Im konkreten Fall muss die Regierung im Falle des Zustandekommens des Referendums den Termin für die Volksabstimmung auf dem Zirkularweg oder im Rahmen ei-

ner ausserordentlichen Regierungssitzung bis spätestens 3. Januar 2002 festlegen, nachdem innerhalb der 14 tägigen Frist aufgrund von Feiertagen keine ordentliche Regierungssitzung stattfinden kann.

Für die Durchführung einer Volksabstimmung benötigt die Regierung aufgrund der gesetzlichen Vorschriften und aufgrund von Erfahrungen eine Frist von mindestens sechs Wo-

chen ab Anordnung der Abstimmung. Die Abstimmung könnte also frühestens auf das Wochenende vom 15./17. Februar 2002 anberaumt werden. Weil aber in dieser Woche die Schulferien stattfinden, ist der frühestmögliche Termin das Wochenende vom 22./24. Februar 2002. Aufgrund der gesetzlichen Drei-Monats-Frist muss die Abstimmung spätestens am 29./31. März 2002 stattfinden.



Eine Rockgruppe wie Status Quo wird wahrscheinlich auf liechtensteinischem Boden nicht mehr spielen. (Bild: Paul Trummer)

EU-Friedenstruppe

BRÜSSEL: Die EU-Staaten wollen sich erstmals gemeinsam an einer UN-Friedenstruppe beteiligen und Kontingente nach Afghanistan entsenden. Der belgische Aussenminister und amtierende EU-Ratspräsident Louis Michel sagte am Freitag beim Gipfel in Laeken, alle EU-Staaten wollten unter britischer Führung insgesamt 3000 bis 4000 Soldaten bereitstellen. Bundeskanzler Gerhard Schröder betonte aber, dass Voraussetzung dafür ein klares UN-Mandat mit einer zeitlichen Befristung und räumlichen Begrenzung auf Kabul und den Flughafen sei.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen will darüber voraussichtlich am kommenden Dienstag entscheiden. Michel bezeichnete die Entsendung gemeinsamer EU-Truppen nach Afghanistan als bedeutenden Präzedenzfall für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Schröder betonte aber, es handle sich nicht um die Entsendung einer EU-Truppe. «Die gibt es nicht.»

Seite 35